

ZUVERSICHT FÜR STARNBERG



Wahlprogramm 2026–2032 der WPS Wählergemeinschaft Pro Starnberg

Unser Programm für Starnberg

Die WPS ist keine Partei, sondern eine Gemeinschaft engagierter Starnberger Bürgerinnen und Bürger. Wir vertreten die Menschen vor Ort und engagieren uns für unsere Stadt Starnberg. Die WPS ist aus einer Bürgerbewegung entstanden und will aktiv Verantwortung aus der Mitte unserer Stadtgesellschaft heraus übernehmen, statt Entscheidungen gegen unsere Interessen kritiklos hinzunehmen.

Wir haben ein Programm entwickelt, das Starnberg in den kommenden 6 Jahren moderner, attraktiver, effizienter und lebenswerter machen soll.

Die Schwerpunkte sind Verkehr, Gewerbe und Wirtschaft, Innenstadt, Haushalt und Finanzen, Soziales und Wohnen und Umwelt.

Mit Ihrer Zustimmung zu unserem Programm, welches wir auf den folgenden Seiten erläutern, und Ihrer Unterstützung der WPS bei der Kommunalwahl am 8. März 2026 werden wir uns mit viel Engagement und voller Leidenschaft einbringen, um in Starnberg nicht alles anders, aber vieles besser zu machen.

Themengebiete

1) Verkehr

- Verlegung der B2 aus Starnberg heraus
- Absage an den geplanten B2-Tunnel
- Lösung für unseren Bahnhof am See
- Innerstädtische Verkehrsentlastung

2) Gewerbe und Wirtschaft

- Bekenntnis zum Moosaik
- Gewerbegebiet Schorn
- Unterstützung und Entlastung für Gewerbetreibende

3) Innenstadt

- Leerstandsmanagement
- Veranstaltungs-Management/Events
- Parken

4) Haushalt und Finanzen

- Steuern und Abgaben auf ein vernünftiges Maß zurückfahren
- Ausgabenproblem beheben
- Prüfung der Kreisumlage
- Einfordern von Finanzierungen nach dem Bestellerprinzip

5) Soziales und Wohnen

- Neubau für die Schlossbergschule
- Mehrgeschossiger Wohnungsbau am Wiesengrund
- Ausweisung von weiterem Bauland als Alternative zur Nachverdichtung
- Beschleunigung der Bebauungsplanung

6) Umwelt

- Grünere, klimagerechte Innenstadt
- Förderung der Ladeinfrastruktur
- Radwege durch Starnberg
- Tiefen-Geothermie zur CO2-freien Versorgung durch ein Nahwärmenetz
- Wärmebedarfsplanung
- Solarflächen

1. Verkehr

a) Verlegung der B2 aus Starnberg heraus

Eine Bundesstraße innerorts verlaufen zu lassen, schränkt die Souveränität sowie die Gestaltungsmöglichkeiten einer Stadt bei der Verkehrsplanung massiv ein. Wir setzen uns dafür ein, das bestehende Straßennetz um Starnberg herum neu zu klassifizieren, so dass die schon bestehende Westumfahrung (St 2069) vom Maxhofkreisel bis zur A96 an der Anschlussstelle Gilching zur B2 und die bisherige B2 zwischen Maxhofkreisel und dem Übergang in die A952 bei Percha herabgestuft wird. Die Vorteile liegen auf der Hand:

Keine neuen Investitionen

Keine Investitionen in neue Straßeninfrastruktur nötig – die Westumfahrung besteht bereits

Verkehrslenkung

Verkehrslenkungsfunktion um Starnberg herum, statt mittendurch

Gestaltungsmöglichkeiten

Gestaltungsmöglichkeiten für die herabgestufte Straße durch Starnberg (Schutzstreifen für Radfahrer, Tempolimits, Querungshilfen)

b) Absage an den geplanten B2-Tunnel

Mit der WPS wird es keinen Tunnel in Starnberg geben. Lassen Sie uns gemeinsam einen Schlussstrich unter dieses zum Scheitern verurteilte Projekt ziehen – die Nachteile eines Tunnels sind zu gravierend:

- Die Kosten werden vom Staatlichen Bauamt inzwischen auf 792 Mio. € geschätzt (660 Mio. € Erstellungskosten zzgl. 20% Planungskosten), und selbst dabei wird es aufgrund der Baukostensteigerung nicht bleiben. Wer gibt in Zeiten wie diesen eine Milliarde € oder mehr für 1,9 km Straße aus?
- Der Tunnel sorgt für induzierten Verkehr. Der Bundesverkehrswegeplan geht davon aus, dass 90% des durch den Tunnel fließenden Verkehrs durch diesen zusätzlich nach Starnberg angezogen (induziert) wird, so dass die Entlastungswirkung nur auf 10% berechnet wird.
- Die massiven Eingriffe in die Natur und das Stadtbild, z.B. durch Rodung des Schlossbergs.
- Die zehnjährige Bauzeit legt Starnberg lahm.

Nur wenn wir dieses Thema abschließen, können wir unsere Energie in konstruktive und zukunftsweisende Ideen der Verkehrsplanung und Verkehrslenkung investieren und offen an neue Lösungen herantreten.

c) Lösung für unseren Bahnhof am See

Mit der WPS wird der Bahnhof See nicht stillgelegt. Wir setzen uns dafür ein, dass wir gemeinsam mit der Deutschen Bahn eine wirtschaftlich tragfähige und den Haushaltsmitteln einer Kreisstadt entsprechende Lösung finden, welche schnell umgesetzt werden kann. Pragmatismus schlägt Größenwahn. Statt weitere Jahrzehnte einer letztendlich zu großen und damit unerreichbaren Lösung hinterherzurennen, wollen wir den jetzigen untragbaren Zustand unseres Seebahnhofs schnell und nachhaltig verbessern. Dazu gehört auch, den Bahnhof Nord zum Hauptknotenpunkt des ÖPNV in Starnberg zu entwickeln, indem der Regionalzughalt ab dem Jahr 2028 vom Bahnhof See an den Bahnhof Nord verlegt wird, das bestehende Parkhaus im Rahmen einer Sanierung aufgestockt und der Haupthaltepunkt für Regionalbusse an den Bahnhof Nord verlegt wird. Diese Maßnahmen sehen wir als Voraussetzungen, den Bahnhof See und dessen Umfeld verkehrlich zu entlasten und damit mit geringerem Aufwand sanieren zu können.

d) Innerstädtische Verkehrsentlastung

Durch die Verlegung der B2 aus Starnberg heraus ergeben sich neue Möglichkeiten der Verkehrsplanung, von einer Änderung der Ampelphasen bis zu neuen Spurführungen oder Radwegen. Darüber hinaus setzen wir uns für einen innerstädtischen Pendelbusverkehr mit entsprechenden Umsteigemöglichkeiten in Regionalbusse und Regionalzüge am Bahnhof Nord ein, um die großen Buslinien nicht mehr in enger Taktung durch die Innenstadt fahren zu lassen.

2. Gewerbe und Wirtschaft

a) Bekenntnis zum Moosaik

Die WPS hat die Planungen zum Bauvorhaben Moosaik im bisherigen Gewerbegebiet positiv begleitet und unterstützt deren Umsetzung hin zu einem neuen Stadtquartier, das Arbeiten und Wohnen in Einklang bringt.

b) Gewerbegebiet Schorn

Die Entwicklung von in Starnberg ansässigem Gewerbe, die Neuansiedlung weiterer Gewerbebetriebe sowie die Unterstützung von Gewerbetreibenden hat für die WPS Priorität. Starnberg muss hierfür attraktive Standorte zur Verfügung stellen, um Arbeitsplätze in der Region und verlässliche Steuereinnahmen zu sichern. Ob das angedachte Gewerbegebiet in Schorn diese Voraussetzungen erfüllt, muss durch eine Bedarfsanalyse festgestellt werden.

c) Unterstützung und Entlastung für Gewerbetreibende

Die städtischen Einnahmen aus der Gewerbesteuer machen einen signifikanten Teil des Haushalts aus. Trotzdem – oder gerade deswegen – gilt es der Versuchung zu widerstehen, den Hebesatz für die Gewerbesteuer immer weiter zu erhöhen und damit letztendlich die Attraktivität von Starnberg für Firmen, die hier Arbeitsplätze schaffen, zu senken. Da der Hebesatz in den letzten Jahren stetig erhöht wurde, setzt sich die WPS dafür ein, diesen Satz über die gesamte kommende Legislatur (2026-2032) nicht weiter zu erhöhen, um Planungssicherheit für Unternehmen zu schaffen.

Das Leitbild der WPS ist, den Rahmen für Gewerbetreibende so attraktiv und unkompliziert wie möglich zu gestalten. Hierfür ist es wichtig, den Dialog zwischen Gewerbetreibenden und der Stadt zu intensivieren und gewerbliche Anforderungen stärker zu berücksichtigen: Von besserer Anbindung und Erreichbarkeit, einem attraktiven Umfeld, bezahlbarem Wohnraum für Angestellte bis hin zu einfachen Parkmöglichkeiten für Kunden.

3. Innenstadt

a) Leerstandsmanagement

Eine lebendige Innenstadt, die für Einheimische wie für Besucher attraktiv ist, setzt ein breites und abwechslungsreiches Angebot an Einkaufs- und Einkuhmöglichkeiten voraus. Die WPS setzt sich dafür ein, dass die Stadt Leerstände von Gewerbeflächen in der Innenstadt erfasst und im Dialog mit Vermietern und der Gesellschaft für Wirtschafts- und Tourismuserwicklung (gwt) Maßnahmen ergreift, um Leerstand zu vermeiden und eine hohe Aufenthaltsqualität der Innenstadt zu gewährleisten.

b) Veranstaltungsmanagement/Events

Der bereits eingeschlagene Weg, durch zahlreiche kulturelle Veranstaltungen die Innenstadt zu beleben und ein abwechslungsreiches Programm für Gäste und Einwohner bereitzustellen, wird von der WPS ausdrücklich unterstützt. Verbesserungsbedarf sehen wir noch bei der Auslastung unserer Schlossberghalle, welche stärker und regelmäßiger für kulturelle Veranstaltungen eingesetzt werden soll.

c) Parken

In den letzten Jahren sind immer mehr Parkplätze aus dem öffentlichen Raum entfernt worden. Diese Entwicklung sieht die WPS kritisch, da das Funktionieren von Einzelhandel und Gastronomie auch von der einfachen und kostengünstigen Erreichbarkeit abhängen. Wir sind gegen die künstliche Verknappung von Parkraum aus ideologischen Gründen und werden uns dafür einsetzen, wo geboten und vertretbar auch neue Parkmöglichkeiten zu schaffen. Innerstädtisches und innenstadtnahes Parken soll problemlos möglich sein. Den Parkplatz am Seebad wollen wir zu einem mehrgeschossiges Parkhaus entwickeln, welches Ausflugsverkehr direkt von der Autobahn aufnehmen und damit einen Beitrag zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrs leisten kann. Durch die Innenstadtnahe Lage kann es in das Pendelbussystem eingebunden werden.

4. Haushalt und Finanzen

a) Steuern und Abgaben auf ein vernünftiges Maß zurückfahren

In der laufenden Wahlperiode wurde zu schnell und zu sorglos an den Stellschrauben „Steuererhöhung“ und „Abgabenerhöhung“ gedreht – und zwar immer in eine Richtung - zu Lasten der Betroffenen. Gewerbesteuer, Grundsteuer, Zweitwohnungssteuer oder Hundesteuer – jede Steuer wurde erhöht, um Finanzierungslücken zu schließen. Die WPS wird sich in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, primär das Ausgabenproblem der Stadt in den Griff zu bekommen und damit den nötigen Spielraum für die Senkung von Steuern und Abgaben zu schaffen. Und das geht so:

b) Ausgabenproblem beheben

„Die Stadt hat kein Einnahmenproblem, sie hat ein Ausgabenproblem.“ In diesem Satz des ehemaligen Kämmerers steckt viel Wahrheit – und gleichermaßen ein Lösungsvorschlag, den wir als WPS angehen wollen: die Ausgabensteigerungen endlich wieder in den Griff zu bekommen. Das ist nicht populär. Aber es ist dringend geboten, wenn wir unsere finanzielle Handlungsfähigkeit in Zukunft behalten wollen. Starnbergs Kostenblöcke sind Personalkosten, Sachkosten und die Kreisumlage.

Die Zahl der städtischen Angestellten und die damit einhergehenden Personalkosten sind für eine Stadt dieser Größe langfristig nicht stemmbar. Statt weiterem Wachstum in der Verwaltung zuzusehen, werden wir Neueinstellungen sehr genau prüfen und nicht jede durch Fluktuation freiwerdende Stelle nachbesetzen. Durch Optimierung der Geschäfts- und IT-Prozesse, der weiteren Digitalisierung und der Unterstützung durch Künstliche Intelligenz in der Stadtverwaltung wird diese effizienter, nicht teurer.

Bei der Bewilligung von Sachkosten muss deutlicher als bisher zwischen Investitions- und Konsumausgaben unterschieden werden; letztere sollten im Sinne der Bewältigung unseres Ausgabenproblems zurückgestellt werden.

c) Prüfung der Kreisumlage

Die Kreisumlage ist ein finanzieller Beitrag, den die Kommunen (Städte und Gemeinden) an ihren zuständigen Landkreis zahlen müssen. Sie ist Teil der kommunalen Finanzierung und soll sicherstellen, dass der Landkreis seine Aufgaben erfüllen kann. Hohe Kreisumlagen ziehen den Gemeinden Mittel ab, sodass ihnen weniger Geld für eigene Investitionen, freiwillige Leistungen oder Infrastruktur bleibt – und hier setzen wir an: die Kreisumlage des Landkreises Starnberg steigt kontinuierlich und Starnberg als größte Kommune ist davon am stärksten betroffen. Wir möchten, dass die Interessen der Stadt in diesem Prozess gewahrt bleiben – hierzu werden wir den Dialog mit dem Kreistag und den anderen Landkreiskommunen suchen.

d) Einfordern von Finanzierungen nach dem Bestellerprinzip

In den letzten Jahren sind zahlreiche Aufgaben von Bund und Land an die Kommunen delegiert worden, ohne dass für die damit verbundenen Aufwände und Kosten ein Ausgleich geschaffen wurde. Wir denken: wer bestellt, muss auch bezahlen. Die finanzielle Leistungsfähigkeit Starnbergs ist am Limit und kann nicht beliebig strapaziert werden. Als starke Fraktion im neuen Stadtrat wird sich die WPS für die Wahrung der Starnberger Interessen einsetzen.

5. Soziales und Wohnen

01

Neubau für die Schlossbergschule

Die WPS unterstützt die Pläne, für den südlichen Schulsprengel von Starnberg den Neubau einer modernen und gut erreichbaren Grundschule als Ersatz für die Schlossbergschule zu prüfen und hierfür geeignete Grundstücke zu suchen.

03

Ausweisung von weiterem Bauland als Alternative zur Nachverdichtung

Statt neuen Wohnraum hauptsächlich durch Nachverdichtung zu schaffen, setzt sich die WPS für die Ausweisung von weiterem Bauland aus, um eine Weiterentwicklung der Stadt zu ermöglichen und die negativen Begleiterscheinungen der Nachverdichtung zu verringern.

02

Mehrgeschossiger Wohnungsbau am Wiesengrund

Die seit vielen Jahren geplante, aber bis jetzt nicht umgesetzte Bebauung für mehrgeschossigen Wohnungsbau auf dafür ausgewiesenen Grundstücken im Neubaugebiet am Wiesengrund soll kurzfristig realisiert werden, um gleichermaßen attraktiven wie bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

04

Beschleunigung der Bebauungsplanung

Die Stadtverwaltung muss personell so ausgestattet werden, dass Bauwerber in einer angemessenen kurzen Frist mit der Realisierung der Bauvorhaben beginnen können. Die bisherige Praxis der ständigen Um- und Neupriorisierung von Bauvorhaben aufgrund personeller Engpässe hilft weder der Stadt noch den Vorhabenträgern, welche derzeit bis zu 10 Jahre auf Änderungen in Bebauungsplänen warten müssen.

6. Umwelt

a) Grünere, klimagerechte Innenstadt

Wir gestalten die Innenstadt Starnbergs zu einem grünen und lebenswerten Ort. Durch mehr Bäume, begrünte Fassaden und schattenspendende Plätze schaffen wir Aufenthaltsqualität und verbessern das Mikroklima. Versiegelte Flächen sollen schrittweise entsiegelt werden, wo immer es möglich ist. Begrünte Dächer und Fassaden tragen dazu bei, CO₂ zu binden und Hitzeinseln zu vermeiden. Unser Ziel: Eine Innenstadt, die nicht nur attraktiv, sondern auch klimafreundlich und zukunftsfähig ist.

b) Förderung der Ladeinfrastruktur

Eine gut ausgebaute Ladeinfrastruktur ist Grundvoraussetzung für die E-Mobilität. Wir setzen uns für den Ausbau von Schnell- und Normalladestationen im gesamten Stadtgebiet ein – in Wohngebieten, an Parkplätzen und bei öffentlichen Einrichtungen. Durch Kooperationen mit Energieversorgern und privaten Investoren wollen wir das Laden einfach, zuverlässig, bezahlbar und flächendeckend verfügbar machen.

c) Radwege durch Starnberg

Die WPS schafft ein durchgängiges, sicheres und komfortables Radwegenetz, das Starnberg und seine Ortsteile verbindet. Priorität haben sichere Schul- und Alltagsradwege sowie die bessere Anbindung an den ÖPNV. Klar markierte Radstreifen, sichere Kreuzungen und gute Beleuchtung sollen das Radfahren attraktiver machen – für Pendler, Familien und Freizeitradler gleichermaßen.

d) Tiefen-Geothermie zur CO₂-freien Versorgung durch ein Nahwärmenetz

Die Nutzung der Tiefen-Geothermie ist ein zentraler Baustein für die zukünftige klimaneutrale Energieversorgung Starnbergs. Wir wollen prüfen, wo Bohrstandorte und Nahwärmenetze wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll umgesetzt werden können. Durch Kooperation mit erfahrenen Energiepartnern kann ein regionales Wärmenetz entstehen, das Haushalte und öffentliche Gebäude emissionsfrei versorgt. Besonders erstrebenswert ist die direkte Anbindung der innerstädtischen energieintensiven Areale wie Gymnasium, Moosaik, Seebad und Landratsamt.

e) Wärmebedarfsplanung

Eine kommunale Wärmeplanung ermöglicht gezielte Investitionen in die Zukunft. Wir wollen den Wärmebedarf systematisch erfassen, Potenziale für erneuerbare Wärmequellen identifizieren und schrittweise umsetzen. Dabei sollen Bürger, Wohnungswirtschaft und Gewerbe eingebunden werden. Unser Ziel: Ein klarer Fahrplan für eine zuverlässige, wirtschaftliche und klimaneutrale Wärmeversorgung bis 2040.

f) Solarflächen

Photovoltaik muss zum Standard werden – auf öffentlichen, gewerblichen und privaten Gebäuden. Wir fördern die Nutzung von Dachflächen, Parkplätzen und geeigneten Freiflächen für Solarenergie. Die Stadt soll als Vorbild vorangehen: Alle Neubauten und Sanierungen öffentlicher Gebäude sollen mit Solaranlagen ausgestattet werden.